

PFALZ **ME**TALL



Gegen den Ingenieur-Mangel

Physikalische Phänomene für die Kleinsten

NR. 9 September 2009

32. Jahrgang

Bildungsmonitor 2009

Rheinland-Pfalz
tastet sich langsam vor

Seite 3



Wirtschaft

Meldungen aus dem
Wirtschaftsleben

Seiten 4/5



Nahaufnahme

Aus der pfälzischen
M+E-Industrie

Seiten 8/9



Foto: ©PIXELIO/andreas stix



Schätzelein

Kennen Sie Horst Schlämmer? Die Kunstfigur des TV-Komikers Hape Kerkeling? Horst Schlämmer geistert schon seit einigen Jahren als stellvertretender Chefredakteur des Grevenbroicher Tagesblatts versoffen, machohaft aber liebenswürdig über die Mattscheibe.

Und nun kandidiert er auch noch. Für Bundeskanzler. Zu sehen im Kino. Das gab Horst Schlämmer jüngst sogar vor der versammelten Hauptstadtpresse in Berlin bekannt – und seine politischen Statements ab. Sonnenbank gratis für alle! Grevenbroich soll Bundeshauptstadt werden, Schönheitsoperationen auf Kassenrezept und auf die Frage, wie er es mit der Schweinegrippe halte, sagte Schlämmer: „Da bin ich dagegen!“

Immerhin: Umfragen sagen für die Horst-Schlämmer-Partei HSP ein Wahlergebnis von 18 % voraus – würde sie wirklich antreten. Das mag den einen oder anderen in der echten Politik aufgerüttelt haben. Denn anders lässt es sich ja wohl nicht erklären, dass sich der vormals seriös gebende Gregor Gysi von den Linken nunmehr auf Wahlplakaten mit Forderungen wie

„Reichtum für alle“ zitieren lässt. Schielt er etwa auf die 18 % der HSP? Hofft er darauf, dass am Wahlabend die Experten sagen, dass sich Linken zusätzliche Stimmen bei den Schlämmer-Anhänger geholt haben? Frei nach dem Motto: „Schlämmer geht’s immer!“?

Wie dem auch sei. Wer sich so in die politische Diskussion begibt, der verdient es, nicht ernster genommen zu werden als Horst Schlämmer selbst. – Weisse Bescheid, Schätzelein?

Marcel Speker

marcel.speker@pfalzmetail.de

inhalt

bildung

- 3** Rheinland-Pfalz tastet sich langsam vor

wirtschaft

- 4** In gegensätzliche Richtungen
5 Deutschland bleibt teuer
 Zeitarbeit schafft zusätzliche Arbeitsplätze
 Keine weitere Verschlechterung erwartet

fachkräftemangel

- 6** Ingenieure dringend gesucht
7 Naturwissenschaft ist spannend

nahaufnahme

- 8** KSB-Umsatz auf Vorjahresniveau
9 Siemens-Großaufträge aus China und Schweden

service

- 10** Alles Neue macht der September
11 Der langsame Abschied von der Glühbirne

grafik des monats

- 12** Bülw-Bildungsmonitor 2009:
 Alle Bundesländer legen zu

impressum

Herausgeber: PFALZMETALL
 Friedrich-Ebert-Straße 11–13, 67433 Neustadt
 Internet: www.pfalzmetail.de

Redaktion: Marcel Speker (verantw.)
 Gestaltung: Rainer Sauter
 Anschrift der Redaktion:
 FERRUM-Redaktion, Hindenburgstraße 32, 55118 Mainz,
 Telefon 0 61 31/55 75 31, Fax 0 61 31/55 75 39
 E-Mail: ferrum@pfalzmetail.de

FERRUM erscheint monatlich.
 Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
 Die zur Abwicklung des Vertriebs erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.

Titelbild: ©PIXELIO/Henry Klingberg; ©PIXELIO/Paul Georg Meister; Siemens.

Verlag: Dr. Curt Haefner-Verlag GmbH,
 Dischingerstraße 8, 69123 Heidelberg.

Druck: Konradin Druck GmbH, Leinfelden-Echterdingen.

Bildungsmonitor 2009:

Rheinland-Pfalz tastet sich langsam vor

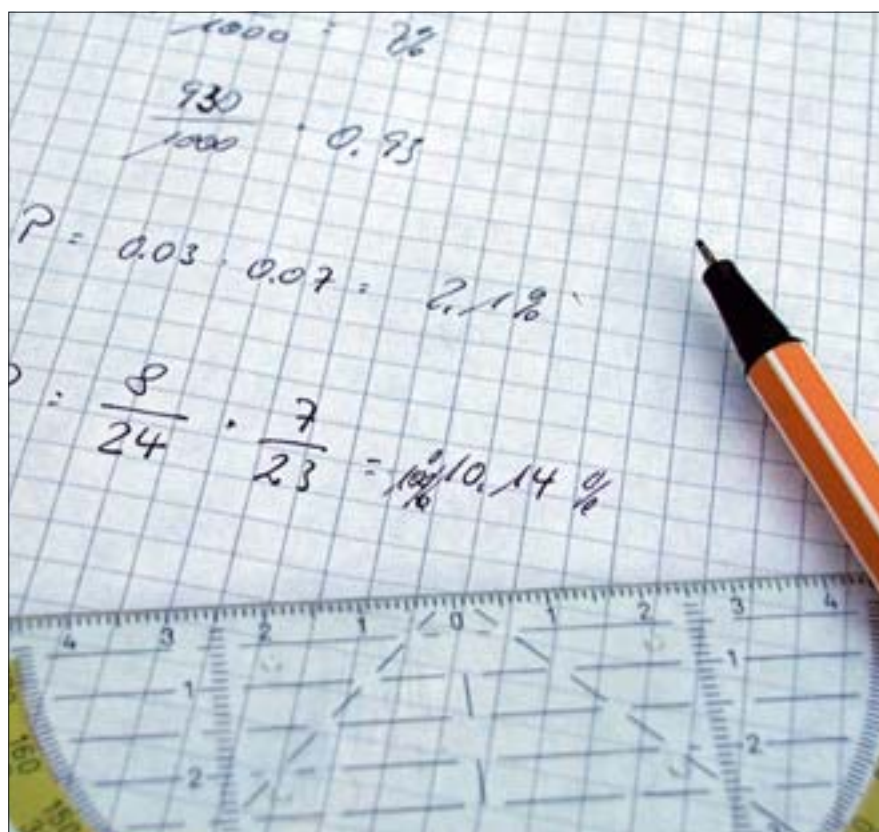


Foto: ©PIXELIO/ThommyS

Mit kleinen Schritten tastet sich Rheinland-Pfalz beim Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) nach vorne. Innerhalb von fünf Jahren gelang es immerhin drei Plätze gut zu machen. Platz acht in diesem Jahr bedeutet ein durchschnittliches Ergebnis bei der Bewertung der Bildungspolitik. Besonders alarmierend: Bei der Forschungsorientierung der Hochschulen landet Rheinland-Pfalz auf dem letzten Platz dieser Studie.

Immerhin: Wie alle anderen Bundesländer, so hat auch Rheinland-Pfalz im Vorjahresvergleich zugelegt: Von 58,6

auf 63,2 Punkte. Spitzenreiter des Rankings sind Sachsen (79,5), Thüringen (75,3) und Baden-Württemberg (73,1).

Rheinland-Pfalz hat in den einzelnen Kategorien wie folgt abgeschnitten:

Schulqualität (BM 2009: 5. Platz):

Die Schulqualität hat sich in Rheinland-Pfalz seit dem ersten Bildungsmonitor deutlich verbessert. Bei PISA 2006 belegten die Schüler aus Rheinland-Pfalz im Durchschnitt der Kompetenzbereiche obere Mittelfeldplätze – nur Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen schnitten besser ab. Auch bei der IGLU-Leseuntersuchung der Viertklässler erreichte Rheinland-Pfalz einen Platz im vorderen Mittelfeld.

Integration (BM 2009: 5. Platz):

Der Zusammenhang zwischen dem sozialen Hintergrund der Eltern und den naturwissenschaftlichen Kompetenzen der Schüler war beim PISA-Test 2006 in Rheinland-Pfalz geringer als im Bundesdurchschnitt. Damit war die Gefahr der Weitergabe von Bildungsarmut in Rheinland-Pfalz geringer als in vielen anderen Bundesländern. Unter den ausländischen Schulabsolventen hatten im Jahr 2007 15,1 Prozent keinen Schulabschluss. Diese Schulabbrecherquote war geringer als im Bundesdurchschnitt (16,0 Prozent) und betrug fünf Jahre zuvor im Jahr 2002 noch 21,9 Prozent. Damit kann sich Rheinland-Pfalz im Handlungsfeld Integration sehr stark verbessern.

Förderbedingungen (BM 2009: 12. Platz):

In Rheinland-Pfalz war der Anteil der Schüler an Ganztagschulen im Jahr 2007 leicht unterdurchschnittlich. Der Anteil der Schüler an offenen oder gebundenen Ganztagsgrundschulen betrug rund 9,2 Prozent (Bundesdurchschnitt: 15,5 Prozent). An gebundenen Ganztagschulen wurden 9,8 Prozent der Schüler im Bereich der Sekundarstufe 1 unterrichtet (Bundesdurchschnitt: 10,1 Prozent). Auch der Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung lag in den KITAs leicht unter dem Bundesdurchschnitt.

Forschungsorientierung (BM 2009: 16. Platz):

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind im nationalen Vergleich eher forschungsschwach. Die Drittmittel je Professor (ohne medizinische Einrichtungen) betragen im Jahr 2007 rund 56.800 Euro (Bundesdurchschnitt: 83.400 Euro). Auch die Zahl der Habilitationen je 100 Professoren mit 4,2 (Bundesdurchschnitt: 5,1) und die Promotionsquote waren im Bundesländervergleich niedrig.

Wahlprogramme Tarifpolitik:

In gegensätzliche Richtungen

Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften legen in Tarifverträgen gemeinsam die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte fest. Die meisten Parteien wollen diese Tarifautonomie beibehalten. Einzig die Linke rüttelt an diesem Prinzip. Beim Mindestlohn scheiden sich die Geister deutlicher.

Die Tarifautonomie ist gerade 60 Jahre alt geworden. Selbst in Wahlkampfzeiten stehen die meisten Parteien hinter der bewährten Tradition, dass Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gemeinsam an Tarifverträgen basteln. Im Parteiprogramm der Linken taucht der Begriff allerdings nicht auf.

Dies ist jedoch nicht überraschend, denn die Linke tritt dafür ein, den Staat viel stärker an der Festlegung der Löhne zu beteiligen. Das geht über einen allgemeinen Mindestlohn – den schließlich

auch die SPD oder die Grünen fordern – deutlich hinaus (siehe Grafik). Die Linke will Tarifverträge auch ohne Zustimmung durch die Arbeitgeberseite per Verordnung für alle Betriebe verbindlich machen, vor allem, wenn die Tariflöhne höher sind als der gesetzliche Mindestlohn.

Ablehnend stehen einem gesetzlichen Mindestlohn die CDU/CSU und die FDP gegenüber. Die Unionsparteien wollen aber mehr tarifliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und nach dem neuen Mindestarbeitsbedingungs-gesetz. Die beiden Regelwerke machen es möglich, zwischen den Tarifparteien vereinbarte Mindestlöhne für allgemeinverbindlich zu erklären.

Diesen Weg hat die Union schon in der abgelaufenen Legislaturperiode mit der SPD ein Stück weit beschritten – etwa für Beschäftigte in der Gebäudereinigung

oder für die Postdienste. Die FDP hingegen lehnt auch diese branchenspezifischen Mindestlöhne ab und fordert, niedrige Markteinkommen durch staatliche Transfers aufzustocken.

Die Liberalen treten zudem nach wie vor für eine gesetzliche Neujustierung des Günstigkeitsprinzips ein: Unternehmen sollen demnach generell von tariflichen Arbeitszeiten oder Löhnen abweichen dürfen, wenn sie dadurch Entlassungen vermeiden und drei Viertel der Belegschaft sich für den betrieblichen Sonderweg aussprechen.

Die Grünen sehen in einer solchen Dezentralisierung der Tarifpolitik jedoch einen Angriff auf die Tarifautonomie. Die SPD will gar das Gegenteil: Sie kündigt ein Gesetz für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen an.

Tarifpolitik: Autonomie in Gefahr					
	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE.	Grüne
Mindestlöhne	<ul style="list-style-type: none"> Wer Vollzeit arbeitet, soll in der Regel von seinem Einkommen leben können; dies sollen das AEntG und das MiArbG garantieren Gesetzliches Verbot „sittenwidriger Löhne“ Kein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, sondern ergänzende staatliche Leistungen, wo trotz „fairer“ Löhne zur Sicherung eines angemessenen Mindesteinkommens notwendig 	<ul style="list-style-type: none"> Grundlegende Neuordnung des unteren Einkommensbereichs mit allgemeinem gesetzlichen Mindestlohn als wichtigstem Baustein Steuern und Sozialabgaben werden mit anderen staatlichen Transferleistungen so abgestimmt, dass existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeit gestärkt wird Höhe des allgemeinen Mindestlohns soll eine Mindestlohn-Kommission festlegen, sollte sich an 7,50 Euro je Stunde orientieren AEntG oder MiArbG sollte möglichst viele Branchen umfassen 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Mindestlöhne; ein „Bürgergeld“ in Form von Transfers soll für ein angemessenes Mindesteinkommen sorgen 	<ul style="list-style-type: none"> Einführung eines existenzsichernden, allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, der in der nächsten Wahlperiode auf 10 Euro je Stunde erhöht wird Höhere tarifliche Mindestlöhne sollen allgemeinverbindlich werden und die Vergabe öffentlicher Aufträge soll von sozialen und ökologischen Kriterien abhängig sein Zahlung von Tariflöhnen muss sichergestellt sein 	<ul style="list-style-type: none"> Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro je Stunde; dazu wird eine Mindestlohn-Kommission nach britischem Vorbild eingerichtet
Tarifautonomie	<ul style="list-style-type: none"> Tarifautonomie gehört unverzichtbar zum Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft Lohnfindung darf nicht verstaatlicht werden, sondern soll Aufgabe der Tarifparteien bleiben 	<ul style="list-style-type: none"> Tarifautonomie als Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft sichern Rechtsgrundlage für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und Tarifverträge schaffen Tariftreue soll zentrales Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden 	<ul style="list-style-type: none"> Wenn Arbeitgeber und Belegschaften vom Tarifvertrag abweichende Regelungen wollen, muss ihnen eine entsprechende Vereinbarung auf betrieblicher Ebene ermöglicht werden. Dies geht auch ohne Zustimmung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, wenn der Betriebsrat oder 75 Prozent der abstimmenden Mitarbeiter der Abweichung vom Tarifvertrag zustimmen. 	<ul style="list-style-type: none"> Allgemeinverbindlichkeits-erklärung von Tarifverträgen auch ohne Zustimmung von Arbeitgeberverbänden 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich Recht auf politischen Streik Streikrecht auf Übernahmen und Verlagerungen von Unternehmen ausweiten 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Schwächung der Tarifautonomie durch Verlagerung von Lohnverhandlungen auf die einzelbetriebliche Ebene Allgemeinverbindliche Tarifverträge in Branchen mit geringer Tarifbindung Stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Betriebsvermögen

AEntG: Arbeitnehmer-Entsendegesetz; MiArbG: Mindestarbeitsbedingungs-gesetz
Quelle: IW-Zusammenstellung

Arbeitskosten international:

Deutschland bleibt teuer

Die industriellen Arbeitskosten je Stunde haben sich in Westdeutschland von 2000 bis 2008 im Jahresschnitt moderat um 2,3 Prozent erhöht, im Osten um 2,4 Prozent – international war der Zuwachs nur in Japan und der Schweiz geringer, berichtet das IW. In Frankreich dagegen mussten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in den vergangenen acht Jahren ein jährliches Kostenplus von 3,4 Prozent verkraften. In den USA belief sich das Plus auf 3,7 Prozent und in Großbritannien sogar auf 4,4 Prozent.

Allerdings habe Deutschland „mit seinem Tritt auf die Kostenbremse bestenfalls die Sünden der Vergangenheit wettgemacht“, so die IW-Experten. Im Jahr 2008 lagen die Arbeitskosten in der westdeutschen Industrie immer noch um 31 Prozent über dem durchschnittlichen Ni-



Foto: ©PIXELIO/Ernst Rose

veau der fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Mit 35,22 Euro je Arbeitnehmerstunde schulterten die westdeutschen Industriefirmen im internationalen Vergleich die dritthöchsten Arbeitskosten. Ostdeutschland produzierte zwar mit 20,75 Euro deutlich günstiger, dennoch

fielen in Deutschland insgesamt 33,58 Euro je Stunde an. Das bedeutete weltweit die sechsthöchste Arbeitskostenbelastung – nur in Norwegen, Belgien, der Schweiz, Schweden und Dänemark mussten die Unternehmen mehr Geld für Löhne und Lohnnebenkosten aufbringen. ■

DIW:

Keine weitere Verschlechterung erwartet

Das DIW erwartet im dritten Quartal ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum um voraussichtlich 0,8 Prozent gegenüber dem Vorquartal, womit sich „zunächst der Aufholprozess leicht beschleunigt“ fortsetze. Zusammen mit dem Zuwachs aus dem zweiten Quartal, in dem die Wirtschaft um 0,3 Prozent gewachsen war, wäre damit knapp ein Drittel des Produktionseinbruchs aus den ersten drei Monaten des Jahres wieder aufgeholt.

Bestätigt sich diese Entwicklung, wäre für 2009 insgesamt auch „eine Schrumpfung von weniger als 5 Prozent möglich“, so DIW-Experte Kooths, der dennoch zu Vorsicht mahnt: „Trotz der Aufwärtsentwicklung ist es für eine generelle Entwarnung noch zu früh. Dass die Unternehmen mit keiner weiteren Verschlechterung mehr rechnen, ist angesichts der erreichten Tiefststände noch kein Befreiungsschlag. Die konjunkturelle Lage



Foto: DIW Berlin

Stefan Kooths

bleibt daher zunächst noch sehr angespannt und die Gefahren für die Beschäftigung wachsen mit jedem Monat, in dem die Produktion nicht kräftig anzieht.“ ■

Zeitarbeit schafft zusätzliche Arbeitsplätze

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat die Behauptung der IG Metall zurückgewiesen, Zeitarbeit werde nicht mehr zur Abfederung von Produktionsspitzen genutzt, sondern missbraucht, um Arbeits- und Tarifbedingungen zu unterlaufen. Im jüngsten Aufschwung (Juni 2005 bis Juni 2008) habe die Metall- und Elektro-Industrie 60.000 zusätzliche Zeitarbeitnehmer beschäftigt. Gleichzeitig seien fast 250.000 neue Stammarbeitsplätze entstanden, zudem sei die Zahl der Ausbildungsplätze um mehr als 11.000 auf gut 77.000 gestiegen. „Von Verdrängung kann also keine Rede sein“, erklärte Gesamtmetall. ■

MINT-Akademiker:

Ingenieure dringend gesucht

Der nächste Aufschwung kommt bestimmt. Doch der Mangel an Mathematikern, Informatikern, Naturwissenschaftlern und Technikern – den sogenannten MINT-Akademikern – hält an. Im Jahr 2015 dürften 254.000 dieser Hochqualifizierten fehlen, bis 2020 könnte die Lücke auf bis zu 426.000 anwachsen, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln für den Arbeitgeberverband Gesamtmetall zeigt.

Das aktuelle Konjunkturtief hat den Fachkräftemangel in den Hintergrund gedrängt. Doch selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie im Juni 2009 übertraf bundesweit die Zahl der offenen Jobs für MINT-Akademiker diejenige der gemeldeten Arbeitslosen in diesem Bereich um 61.000. Die Lücke wird rezessionsbedingt zwar wahrscheinlich noch schrumpfen, aber in Zukunft dürfte sie wieder wachsen – schon allein aus demografischen Gründen: Weil in den kommenden Jahren altersbedingt viele Ingenieure, Informatiker und Co. ihren Hut

nehmen, müssen bis 2014 jährlich 49.000 frische Kräfte nachrücken.

Von 2015 bis 2020 sind dann schon 59.000 Jungakademiker pro Jahr nötig, damit die Lücke nicht größer wird. Doch es wird auch mit der Wirtschaft wieder aufwärts gehen, sodass Unternehmen expandieren und neue Mitarbeiter brauchen. Zudem eröffnen sich für kluge Köpfe zusätzliche Jobperspektiven durch den Trend hin zur Hightech-Produktion und zu höherwertigen Dienstleistungen. Unterm Strich benötigt die Wirtschaft bis 2014 schätzungsweise jährlich rund 101.000 MINT-Akademiker und rund 111.000 zwischen 2015 und 2020 – davon sind rund 70 Prozent Ingenieure.

Ändert sich beim Nachwuchs nichts, stehen allerdings pro Jahr nur 83.000 bis 87.000 Hochschulabsolventen mit MINT-Qualifikation zur Verfügung. Nur die Hälfte von ihnen hat einen Ingenieurabschluss – das reicht gerade einmal, um die freigewordenen Stellen der in Pension gehenden Ingenieure zu besetzen.

Insgesamt fehlen bis zum Jahr 2015 rund 254.000 MINT-Fachkräfte, fünf Jah-

re später sogar etwa 426.000 – vor allem Ingenieure.

Ein solcher Engpass ließe sich jedoch vermeiden:

Erstens müssten mehr Abiturienten ein Hochschulstudium beginnen. Bisher schreiben sich 75 Prozent der ehemaligen Gymnasiasten für ein Studium ein – besser wären 85 Prozent.

Zweitens gilt es, mehr Studenten für ein MINT-Fach zu begeistern. Momentan macht nur knapp ein Drittel von ihnen einen Abschluss in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik. Diese Quote sollte idealerweise auf 40 Prozent steigen – etwa indem die Schulen mehr Technikunterricht anbieten.

Drittens sollten Unis und FHs den Nachwuchsakademikern besser unter die Arme greifen, damit sie ihr Studium bewältigen und auch beenden. So könnte sich die Abbrecherquote halbieren.

Viertens müssten die Hochschulen mehr Facharbeiten ohne Abitur ein Studium ermöglichen. Die Kultusministerkonferenz hat dazu im März den Weg vorgegeben: Wer eine abgeschlossene Berufsausbildung sowie drei Jahre Berufserfahrung hat, darf nach einer Eignungsprüfung studieren.

All diese Maßnahmen würden dazu beitragen, die Nachwuchssorgen der Unternehmen erheblich zu mindern (Grafik). Nach 2014 könnte sich die Akademiker-Lücke wieder etwas schließen und im Jahr 2020 nur noch 161.000 verwaiste Jobs umfassen.



Auftaktveranstaltung „Miniphänomenta“:

Naturwissenschaft ist spannend



Fotos: Speker

Werbemaßnahme für die sogenannten MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) hin. Schließlich gebe es schon jetzt einen eklatanten Fachkräfte- und Ingenieursmangel. Während aktuell mehr als 60.000 Ingenieure in Deutschland fehlten, sei nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) bis 2020 mit einem Anwachsen dieses Defizits auf 426.000 zu rechnen.

„Wir beschwerten uns nicht über dieses Problem, sondern wir versuchen unseren Teil dazu beizutragen, dass es besser wird“, erklärt der stellvertretende Stiftungsvorsitzende. Neben der Miniphänomenta gebe es eine Vielzahl anderer Initiativen der Arbeitgeber, hier eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Dies zeige, dass sich die Unternehmer der Metall- und Elektroindustrie in der Pfalz ihrer gesellschaftlichen Verantwortung voll bewusst seien. Daher haben sie auch im Jahre 2007 die Stiftung PfalzMetall gegründet. Mit einem Stiftungskapital von 10 Millionen Euro ist sie eine der größten privaten Stiftungen des Landes.

Als „ganz wichtige Sache“ bezeichnete Werner Simon, stellvertretender Vorsitzender der Stiftung PfalzMetall, das Projekt „Miniphänomenta“, das jetzt in Kaiserslautern an der Pestalozzi-Schule vorgestellt wurde.

aufgestellt. Bei der Auftaktveranstaltung konnten sich jetzt die ersten interessierten Schulen über das Projekt informieren.

Werner Simon wies in seiner Eröffnungsrede auf die Notwendigkeit solcher

Die „Miniphänomenta“ besteht aus 52 Experimentierstationen, mit denen sich naturwissenschaftliche Phänomene selbsterklärend nachvollziehen lassen. Die Stationen sind von Auszubildenden aus den PfalzMetall-Mitgliedsunternehmen hergestellt worden. Die Pläne hierzu stammten von Prof. Dr. Lutz Fieser, der diese an der Universität Flensburg entwickelt hat.

Simon verwies darauf, dass sich nach den Erkenntnissen der Lernforschung das Zeitfenster für die Begeisterung junger Menschen an naturwissenschaftlichen Zusammenhängen zum Ende des Grundschulalters schließe. Hier setze die Miniphänomenta rechtzeitig an. Die Experimentierstationen werden zukünftig in verschiedenen Grundschulen in der Pfalz



Miniphänomenta macht nicht nur Kindern Spaß.

KSB-Umsatz auf Vorjahresniveau



Der Auftragseingang des Pumpen- und Armaturenherstellers KSB war nach fünf Jahren kontinuierlicher Steigerung von Januar bis Juni 2009 erstmals wieder rückläufig. In diesem Zeitraum erhielt der Konzern Aufträge im Wert von 1.026,9 Mio. ; dies waren 134,1 Mio. (– 11,5 Prozent) weniger als in der entsprechenden Vorjahresperiode.

Besonders ins Gewicht fiel der Rückgang in den Konzerngesellschaften in Europa (– 13 Prozent); der Auftragseingang der KSB AG zeigte sich mit – 9,9

Prozent im europäischen Vergleich etwas stabiler. Mit 936,3 Mio. (+ 0,3 Prozent) hat der KSB Konzern dennoch das Umsatzniveau des starken Vorjahres wieder

erreicht. Wesentlich für diese Entwicklung war ein trotz der Wirtschaftskrise gutes Geschäft in der Ausrüstung von Großanlagen der Energie-, Wasser- und Abwasserversorgung. Deutlich schwächer entwickelte sich der Umsatz mit Standardprodukten für die Industrie- und Gebäudetechnik, auf den sich konjunkturelle Nachfrageschwankungen unmittelbar auswirken.

Ende Juni verfügte der KSB Konzern über einen nochmals erhöhten Auftragsbestand im Wert von rund 1.040 Mio. (Ende 2008: 950 Mio.). Die auszuführenden Aufträge betreffen vor allem die Ausrüstung von Kraftwerken bis 2011. In der ersten Jahreshälfte 2009 hat KSB ein Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von 67,5 Mio. (Vorjahr: 85,3 Mio.) erzielt. Die Ergebnisminderung um 20,8 Prozent resultiert aus einem verstärkten Preisdruck im Markt, erhöhten Personalkosten sowie einer verringerten Kapazitätsauslastung. Die Umsatzrendite lag zur Jahresmitte bei 7,2 Prozent (Vorjahr: 9,1 Prozent).

Die finanzielle Situation des KSB Konzerns ist weiterhin sehr solide. Das Eigenkapital des Konzerns ist in den ersten sechs Monaten auf 640,7 Mio. gestiegen; die Eigenkapitalquote beträgt jetzt 43,0 Prozent. Die verzinslichen Geldwerte überstiegen die Finanzschulden Ende Juni um 113,5 Mio. . Für das laufende Jahr geht KSB, wie schon bekannt, von einem deutlichen Rückgang im Auftragseingang aus. Von diesem wird das kurzzyklische Standardgeschäft stärker betroffen sein als das Projektgeschäft. Dieses kann sich im zweiten Halbjahr ebenfalls abschwächen.

Der Umsatz wird im Gesamtjahr 2009 voraussichtlich unter dem des Vorjahres liegen. Das Konzernergebnis vor Steuern wird daher aus heutiger Sicht, trotz Maßnahmen zur Kostensenkung, deutlich hinter dem Rekordwert des Jahres 2008 (200,1 Mio.) zurückbleiben.

Siemens-Großaufträge aus China und Schweden

Die Siemens Turbomachinery Equipment GmbH mit Hauptsitz in Frankenthal (Pfalz) hat jetzt zwei größere Aufträge aus China und Schweden erhalten. Zu liefern sind zwei Verdichter (China), von denen einer mittels zwei Dampfturbinen angetrieben wird, der andere mittels Elektromotoren. Nach Schweden werden vier Turbinenmodule nebst einem Generator und einem Heizkondensator geliefert.

China

Die Verdichter finden ihren Einsatz in der chemischen Industrie. Sie werden am Standort Leipzig hergestellt, die Turbinen für den Antrieb in Frankenthal. Der Auftragswert umfasst insgesamt einen guten einstelligen Millionenbetrag.

Nach wie vor ist China ein sehr bedeutender Markt für die Standorte der Siemens Turbomachinery Equipment GmbH. Dies wird auch mit einem Auftrag deutlich, den das Unternehmen jüngst erhalten hat und in dessen Rahmen insgesamt vier Maschinen an einen Kunden in China geliefert werden, zwei Verdichter aus Leipzig und zwei Dampfturbinen aus Frankenthal. Die Verdichter werden zur Herstellung von Acrylsäure eingesetzt, wobei der eine Verdichter mit der Verdichtung von Luft einen Oxydationsprozess unterstützt. Der andere Verdichter führt Prozessgas in den Produktionskreislauf zurück und trägt so zur Verringerung von Abgas bei. Acrylsäure wird zur Herstellung von Kunststoff und Textilien benötigt.

„Der chinesische Markt ist für unsere Branche derzeit vergleichsweise stabil. Entsprechend umkämpft sind dort alle Aufträge“, so der Leipziger Standortleiter Mario Ludwig. „Mit unserer guten Marktposition und zahlreichen Referenzmaschinen in China blicken wir weiterhin optimistisch in die Zukunft.“ „Mittlerweile spüren wir auch in anderen Ländern,

wie die Bereitschaft unserer Kunden wieder zunimmt, in ihre Anlagen zu investieren“, so die beiden technischen Geschäftsführer von Siemens Turbomachinery Equipment, Volker Neumann und Dr. Klaus Jacoby.

Schweden

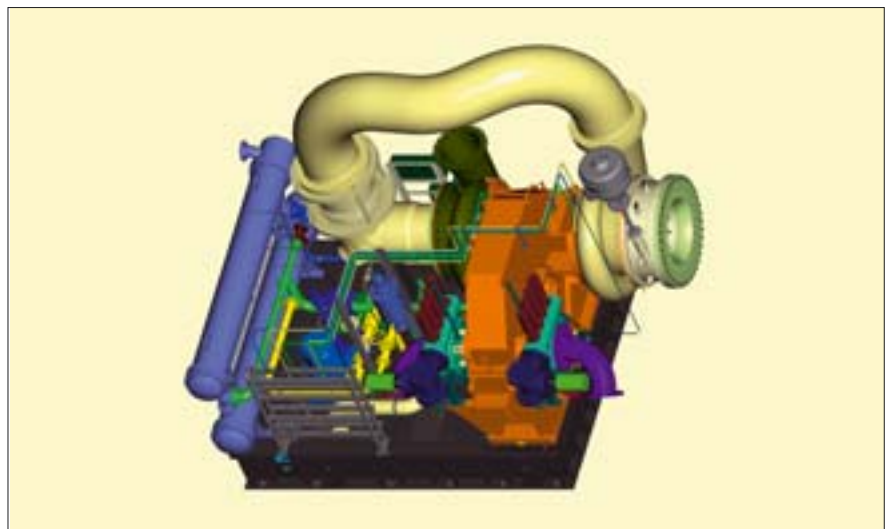
Für eine Müllverbrennungsanlage im schwedischen Linköping hat die Siemens Turbomachinery Equipment GmbH einen Auftrag zur Lieferung von vier Turbinenmodulen nebst einem Generator und einem Heizkondensator erhalten. Der Auftrag umfasst einen Gesamtwert im guten einstelligen Millionenbereich.

In der Müllverbrennungsanlage soll mittels der aus Frankenthal zu liefernden Turbinen bislang ungenutzter Dampf in elektrische Energie umgewandelt werden. Das Konzept ist denkbar einfach: In der Anlage wird zunächst Müll verbrannt und mit der so entstehenden Hitze Wasser in einem Kessel zu Dampf erhitzt. Dieser Dampf wird dann in eine Turbinenanlage geleitet und treibt so die Turbinenlaufräder an. Über ein Getriebe mit

angeschlossenem Generator wird die mechanische Energie schließlich in elektrische Energie gewandelt. Der so erzeugte Strom wird von dem Betreiber der Anlage ins öffentliche regionale Netz eingespeist.

„Hinzu kommt die Verbesserung der Wärmeversorgung der Stadt Linköping“, erklärt Dr. Volker Brakel, Vertriebsleiter des Frankenthaler Geschäftssegments Turbinen. „Mit dem Abdampf der Turbinenanlage wird ein von uns ebenfalls zu liefernder Heizkondensator betrieben. Entsprechend wird der Abdampf der Anlage dazu genutzt, das Wasser des Fernheizsystems zu erwärmen, um die Heizungen der Linköpinger Bürger künftig noch effizienter beliefern zu können.“

Der Auftrag wurde in hartem internationalem Wettbewerb erzielt. „Mit ausschlaggebend für den Erhalt des Auftrags waren klare konzeptionelle Vorteile“, so Reiner Schenk, der verantwortliche Vertriebsingenieur. „Die von uns verkauften Turbinen lassen sich am Ende deutlich einfacher bedienen, als die Konzepte der konkurrierenden Anbieter“.



3D-Modell der nach China zu liefernden Verdichter-Turbinen-Einheit.

Foto: Siemens

Alles Neue macht der September

Den 1. September hat sich der Gesetzgeber als Stichtag für einige Änderungen ausgesucht. Was sich ändert, finden Sie hier:

Glühbirne, adé!

Der Abschied von der Glühbirne beginnt – die EU will es so. Ab dem 1. September verschwinden alle 100-Watt-Glühbirnen aus den Regalen der Läden. Ebenfalls alle matten Glühbirnen werden dann nicht mehr an den Handel ausgeliefert werden. Restbestände dürfen aber noch verkauft werden. Im kommenden Jahr laufen die 75-Watt-Birnen aus, ein Jahr später die 60-Watt-Birnen und 2012 schließlich die kleinen 25-Watt-Glühbirnen.

Patientenverfügung gilt

Zukünftig müssen Ärzte den Inhalt von Patientenverfügungen umsetzen. Eine Patientenverfügung regelt vorab die Behandlung eines Patienten, der sich im Behandlungsverlauf selbst hierzu nicht (mehr) äußern kann.

Scheidung: Wer kriegt was?

Kommt es zur Scheidung einer Ehe ohne einen Ehevertrag, so müssen die Zugewinne gleichmäßig aufgeteilt werden. Eine Verrechnung mit Schulden, die vor der Eheschließung gemacht wurden, ist nicht mehr möglich. Ziel ist es außerdem, dass keine Gelder mehr von einem Partner vor der Scheidung in Sicherheit gebracht oder ausgegeben werden können.

Es gibt wieder Kronzeugen

Die Kronzeugen-Regelung ist wieder eingeführt worden. Wer eine lebenslange Freiheitsstrafe zu fürchten hat und sich zu einer Aussage entschließt, die für andere Ermittlungen wertvoll ist, kann diese Strafe auf zehn Jahre verringert bekommen.

Neue Radfahr-Regeln

In Fahrradstraßen gilt – auch für Autos – zukünftig die Höchstgeschwindigkeit



von 30 km/h und eine Verpflichtung, die Geschwindigkeit falls erforderlich weiter zu verringern. Bisher war dort nur eine „mäßige Geschwindigkeit“ vorgeschrieben. So dürfen künftig auch nichtbeschilderte linke Radwege befahren werden, wenn dies durch das Zeichen „Radverkehr frei“ erlaubt ist. Autofahrer müssen beim Abbiegen deshalb vermehrt mit Radfahrern aus beiden Richtungen rechnen. Das Radfahren entgegen der Fahrt-

richtung von Einbahnstraßen soll erleichtert werden.

Neue Verkehrsschilder

Zum 1. September tritt die umfangreichste Reform der Straßenverkehrsordnung (StVO) seit 1971 in Kraft. Kernstück ist eine Rodung des Schilderwaldes durch Streichung zahlreicher Verkehrszeichen. Die Behörden haben zehn Jahre Zeit, alte Schilder abzubauen.



Diese Schilder kommen neu hinzu

Der langsame Abschied von der Glühbirne

„Die Energieexperten sind sich einig: Kosten- und Umweltbetrachtungen zeigen gute Gründe, von der Glühlampe Abschied zu nehmen. Einige sehen das anders und hamstern Glühlampen. Der Grund dafür dürfte auch in alten Vorurteilen gegen Energiesparlampen liegen“, heißt es in einer Pressemitteilung des Umweltbundesamtes.

Stromsparexperten des Verbraucherzentrale Bundesverbandes und des Umweltbundesamtes räumen mit diesen Vorurteilen auf. Klar sei: „Klassische Glühbirnen sind wahrlich keine Leuchten: Sie wandeln nur etwa fünf Prozent ihrer aufgenommenen Energie in Licht um. Besser sind moderne Energiesparlampen: Sie sparen Energie, halten länger und entlasten so die Haushaltskasse.“

Häufigste Kritik an den als „Energiesparlampen“ bekannten Kompaktleuchtstofflampen: Sie bräuchten lange, bis sie hell werden, gäben kaltes Licht und gingen schnell kaputt. Tatsächlich wurde nach Angaben des Amtes bei Qualitäts-Kompaktleuchtstofflampen die Aufhellzeit verkürzt. Bei der Lichtfarbe gebe es verschiedene Ausführungen: Warmweiß komme dem Glühlampenlicht nahe. Und gute Kompaktleuchtstofflampen ließen sich 30.000 Mal an- und ausschalten, bevor sie kaputt gingen, so die Energieexperten. Auch die manchmal diskutierten Gesundheitsrisiken durch elektromagnetische Felder seien nicht belegt. Bei Kompaktleuchtstofflampen sei zwar die Herstellung aufwändiger als bei Glühlampen. Eine Studie im Auftrag der EG-Kommission zeige aber, dass unter Berücksichtigung des gesamten Lebensweges, die Kompaktleuchtstofflampen in



Foto: ©PIXELIO/wrw

der Bilanz für alle betrachteten Umweltwirkungen erheblich besser abschneiden. Wichtig für die Verbraucherinnen und Verbraucher sei, nicht die billigste Lampe zu kaufen, sondern auf Qualität zu achten. Markenprodukte seien oft besser als Billig- oder „No Name“-Lampen: „Gutes kostet etwas mehr, hält aber dafür länger und ist auf Dauer günstiger. Verbraucherinnen und Verbraucher können sich bei unabhängigen Stellen informieren.“

Mit der neuen EG-Verordnung zu Haushaltslampen sollen bis zum Jahr 2020 EG-weit etwa 39 Terawattstunden Energie im Verhältnis zum Trend gespart werden, so viel wie 11 Millionen Haushalte in einem Jahr verbrauchen. Durch die Umstellung auf Energiesparlampen können in der EU bis 2020 mehr als 15 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart werden. Die Verordnung sorgt dafür, dass die ineffizienten herkömmlichen Glühlampen bis 2012 schrittweise aus

den Regalen des Handels verschwinden. Sie stellt auch bei anderen Haushaltslampen Anforderungen an die Effizienz sowie an weitere Gebrauchseigenschaften wie die Lebensdauer. Die Anforderungen erfüllt neben einem Teil der Kompaktleuchtstofflampen auch ein Teil der Halogenleuchtstofflampen und der LED-Lampen. Minderwertige Lampen sollen so vom Markt verschwinden und die Qualität des Angebotes für die Verbraucherinnen und Verbraucher steigen. Glühlampen zu hamstern, ist also gar nicht nötig. Es belastet nur Umwelt und Haushaltskasse.

Nicht überall reagieren die Verbraucherinnen und Verbraucher gleich. Während in Deutschland der Absatz von Glühlampen im ersten Quartal 2009 um 17 Prozent stieg, sank er nach Daten der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in Frankreich um 8,6 Prozent, in Großbritannien um 22,5 Prozent und in den Niederlanden sogar um 34,5 Prozent.

Grafik des Monats

IW-Bildungsmonitor 2009: Alle Bundesländer legen zu

Der IW-Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der einzelnen Bundesländer anhand von mehr als 100 Einzelindikatoren. Die Punkteskala orientiert sich an den Werten aus dem Jahr 2004, als der Bildungsmonitor das erste Mal erstellt wurde. Damals erhielt das jeweils schlechteste Bundesland bei einem Indikator null Punkte, das beste 100 Punkte. Die Werte für 2009 wurden anhand der aktuellen Entwicklung fortgeschrieben.

- So viele Punkte erreichten die Bundesländer 2009
- Veränderung gegenüber Vorjahr



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln